

mitte drin

Ausgabe 10 / 2018 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

21 Monate für die Freiheit der Kunst

Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa

Das exzellente Kulturangebot unserer Stadt auch in der Breite zu stärken, gute Arbeit im allzu oft prekären Kulturbetrieb zu befördern und allen Berlinerinnen und Berlinern Zugang zum und Teilhabe am kulturellen Leben unserer Stadt zu verschaffen, das sind zentrale Ansprüche meiner Arbeit als Kultursenator.

Schon mit dem Nachtragshaushalt 2017 haben wir Geld für Tarifsteigerungen in unseren Kultureinrichtungen eingestellt. Auch im Haushalt 2018/19 fließt ein großer Teil der Mehrausgaben in die 100-prozentige Umsetzung von Tarifsteigerungen im Kulturbereich und die Sicherung sozialer Mindeststandards bei der Förderung von Künstler*innen und Kunstprojekten.

Wichtig für die Planungssicherheit von Künstler*innen ist der neue Festivalfonds, mit dem stadtweit bedeutende Kulturformate endlich langfristig sicher sind, z.B. die Fête de la Musique.

Ich gehe davon aus, dass die Volksbühne mit dem kommissarischen Intendanten



Klaus Lederer

Klaus Dörr in ruhigeres Fahrwasser gerät und wieder ein erstklassiger Repertoire- und

Ensemblebetrieb aufgebaut wird, der die Kompetenzen der vielen Mitarbeiter*innen einbezieht.

Es bleibt überall mein Anspruch, die Freiheit der Kunst und der Künstler*innen zu stärken, ihre Unabhängigkeit und Eigensinnigkeit zu unterstützen und sie vor Angriffen zu schützen. Das heißt auch, sie gegen ökonomische Zwänge und Verdrängungsprozesse zu verteidigen.

Auch Räume für Kunst und Kultur werden zunehmend knapper. Manchmal geht es dabei um Lärm, wie im Fall des „Theater o.N.“, zu dessen Rettung wir mit Lärmschutzzeubauten beitragen konnten, oder immer wieder bei Clubs, für die es nun den lange geforderten Lärmschutzfonds gibt.

Noch häufiger ist es aber schlichtweg so, dass Künstler*innen sich die steigenden Gewerbemieten nicht mehr leisten können.

Da von der Bundesregierung leider keine soziale Reform des Gewerbemietrechts zu

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Wie dies Kinderfest - so könnte die Welt aussehen!

Ein Fest der Freundlichkeit und der Solidarität. Kinder und Jugendliche aus vielen Ländern, jetzt in Berlin lebend, gaben den Stunden ihre Atmosphäre. Ellen Brombacher skizzierte ihre Empfindungen beim Besuch des Festes der LINKEN auf der Fischerinsel.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

Finanzinvestor – Immobilienwirtschaft angeschlossen

Wohnungskonzernen wie Vonovia SE oder Deutsche Wohnen AG dienen Wohnungen nur zur Erzielung höherer Rendite. Eine Wohnung ist vor allem Spekulationsobjekt. Mieten werden hochgetrieben, übersteuert, unnötig modernisiert. Wer nicht zahlt, fliegt raus.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Tomasz Pezala – schon bald ein versierter Schweißer

Menschen wie er sind gesucht – in ganz Deutschland und überall in der EU. Der 43-Jährige sieht seinen weiteren Lebensweg klar vor sich. 1983 kam er mit seinen Eltern aus Polen nach Berlin. Matthias Herold wollte von ihm wissen, wie er zur LINKEN fand.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

#UNTEILBAR

FÜR EINE OFFENE UND FREIE GESELLSCHAFT - SOLIDARITÄT STATT AUSGRENZUNG!

13. Oktober, Alexanderplatz, Auftakt 12 Uhr, Demo ab 13 Uhr

www.unteilbar.org

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Demokratie braucht Demokrat*innen

Am 20.09. fand die erste Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nach der Sommerpause statt.

Bis auf CDU und AfD schlossen sich alle Parteien einer Entschließung an, in der sich die BVV gegen Rechtsextremismus und gegen die, die Rechtsextremismus verharmlosen, stellt. Diese Entschließung entstand als Reaktion auf die massiven rechtsextrem-gewalttätigen Ausschreitungen in Chemnitz. Außerdem unterstützt die BVV den Aufruf „#unteilbar – Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!“ (www.unteilbar.org) und ruft die Bewohner*innen des Bezirkes dazu auf, an der Großdemonstration am 13. Oktober 2018 in Berlin teilzunehmen.

Zudem konnte die Linksfraction Berlin-Mitte 3 Anträge durchbringen, die die Jugend-, Schul- und Kitaarbeit verbessern sollen:

1. Es wurde der Antrag „Hilfen zur Erziehung für junge Volljährige vollständig finanzieren“ angenommen. Damit soll sich das Bezirksamt gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dass eine vollständige Übernahme der Kos-

ten, die für Hilfen zur Erziehung durch junge Volljährige entstehen, übernommen wird. Hier entstehen den Bezirken hohe Kosten, die sie nicht durch eigene Steuerung verringern können, weil junge Menschen in den Einrichtungen volljährig werden, aber eine Anschlussperspektive fehlt. In diesen Fällen ist die Steuerungsmöglichkeit des Jugendamtes sehr eingeschränkt.

2. Die BVV fordert das Bezirksamt auf, sich beim Senat für eine „Bessere Bezahlung von Kita-Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen“ einzusetzen. In den bevorstehenden Verhandlungen zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) soll der Senat die Initiative ergreifen, um eine Tarifierhöhung zu erzielen, zumindest jedoch die Lücke zwischen TV-L und TVÖD zu schließen. Darüber hinaus soll der Senat bereits jetzt alle Möglichkeiten des bestehenden Tarifvertrages nutzen, um eine Verbesserung der Tarifsituation im Sozial- und Erziehungsdienst zu erzielen. Dabei soll sich der Senat an den Erfahrungen anderer Kommunen und



Andreas Böttger

Länder, wie z.B. an der Arbeitsmarktzulage in München, orientieren.

3. Es wurde beschlossen, dass das Bezirksamt eine „Schulentwicklungsplanung für Mitte vorzulegen“ hat. Die letzte Planung stammt aus dem Jahr 2014 und ist somit wegen der Dynamik der Schülerentwicklungszahlen veraltet.

Andreas Böttger

**Geschäftsführer der Linksfraction
Berlin-Mitte**

Blick aus dem Amt**Effektiver Schutz von Wohnraum**

Wie geht das mit dem Zweckentfremdungsrecht?

Anlässlich aktueller Anfragen aus der BVV zum Haus Spenerstraße 4-5 und „altbekannten“ Vorgängen wie dem in der Calvinstraße stellt sich die Frage: **Was kann das für das Verbot der Zweckentfremdung zuständige Wohnungsamt leisten, um Wohnraum zu sichern?**

Das Zweckentfremdungsrecht (ZwVbG) soll den Bestand an Wohnraum für Wohnzwecke sichern.

Dazu gehört u.a., die Überlassung von Wohnungen als Ferienwohnungen zu reglementieren, um hier Wildwuchs, auch zu Lasten von Nachbar*innen zu verhindern.

Das Zweckentfremdungsrecht soll insb. Wohnraum, der zu angemessenen Bedingungen dem Wohnungsmarkt zur Verfügung steht, erhalten.

In der Spenerstraße hat das Wohnungsamt aufgrund von Hinweisen von Anwohner*innen ein Amtsermittlungsverfahren wegen leerstehender Wohnungen eröffnet. In dem Verfahren legten die Anwälte des Eigentümers des Hauses dar, dass alle Woh-

nungen sanierungsbedürftig seien in einem Umfang, der dies unwirtschaftlich und damit unzumutbar für den Eigentümer macht. Das wurde Punkt für Punkt geprüft anhand der Vorgaben des Zweckentfremdungsrechts. Im Ergebnis stellte man so fest, dass es sich nicht um schützenswerten Wohnraum handelt. Das verwundert, denn dort wohnen ja Menschen, denen nun auch noch gekündigt wurde, damit das Gebäude verwertet werden kann.

Dieses Ergebnis wird daher noch einmal vom Wohnungsamt überprüft. Möglicherweise muss auch geprüft werden, ob das, was für die Renditeberechnung an Sanierungsbedarf genannt wurde nachvollziehbar ist. Denn auch in der Calvinstraße stehen Wohnungen mit Sanierungsbedarf leer und das Amt hat - erfolgreich - gegen den Eigentümer argumentiert, dass dort sehr wohl schützenswerter Wohnraum vorliegt, insbesondere mit Blick darauf, dass dort auch noch Menschen wohnen. Mit dem Ergebnis, dass das Wohnungsamt den Leerstand oder

auch den Abriss genehmigen muss. Ohne Genehmigung kann, aber darf Wohnraum nicht beseitigt werden. Steht Wohnraum ohne Genehmigung leer, dann ordnet das Amt eine Rückführung zum Wohnungsmarkt an. So geschehen in der Calvinstraße. Allerdings wird darum vor Gericht gestritten.

Wird eine Genehmigung zur Beseitigung von Wohnraum erteilt, dann ist durch die Schaffung von angemessenem Ersatzwohnraum sicherzustellen, dass der Wohnraumverlust ausgeglichen wird. Das meint nach neuem ZwVbG Wohnraum, den sich ein durchschnittlich verdienender Arbeitnehmerhaushalt leisten kann.

Wichtig ist auch, dass Zweckentfremdung, Wohnungs- und Bauaufsicht, die nicht in einer Abteilung liegen, zusammenarbeiten, denn in der Regel erfolgt Leerstand und Abriss für Vorhaben wie Sanierung, Modernisierung und Neubau. Hier bedarf es einer Gesamtbetrachtung, um das Mögliche als Bezirk zu tun, leistbaren Wohnraum zu erhalten.

Dr. Sandra Obermeyer

Gerade für Berlin-Mitte:

Bezahlbare Miete – statt fatter Rendite!

Für viele Menschen ist Wohnen nicht mehr bezahlbar. Unter 150 untersuchten Städten weltweit ist Berlin die einzige, in der Angebotspreise für Wohnimmobilien aufgerufen werden, die mehr als 20 Prozent über denen des Vorjahres liegen. „Berlins Aufstieg an die Spitze hat sich seit Jahren abgezeichnet“, schreibt der britische „Guardian“: Die durchschnittlichen Immobilienpreise in der deutschen Hauptstadt sind seit 2004 um mehr als 120 Prozent gestiegen!

Der eigentliche Rekord liegt aber im Detail, nämlich in den Kiezen von Mitte, unter anderem im Gebiet Humboldtthain: In diesem Quartier stieg der Mietpreis für neuvermietete Wohnungen in einem Jahr um 47 Prozent! Das wird im Wohnungsmarktreport der Berlin Hyp in erster Linie mit den Mietangeboten im sanierten Altbau erklärt. Mit anderen Worten: Die im Bundestag hierfür beschlossenen Gesetze erweisen sich als Goldgrube für die Vermieter. Dadurch trägt der Wohnungsmarkt immer mehr zur Spaltung der Gesellschaft bei. „Die Immobilieneigner werden reicher, die Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen ärmer“, so Reiner Wild vom Berliner Mieterverein. Der bisherige Sozialwohnungsbau wie auch die Mietpreisbremse haben bisher keine Wirkung gezeigt. Im Bundesgebiet fehlen fünf Millionen Sozialwohnungen.

Deshalb haben wir am 14. September 2018 eine bundesweite Mietenkampagne gegen den Mietenwahnsinn gestartet.

DIE LINKE fordert:

- Jedes Jahr 250.000 Sozialwohnungen mehr!



- Runter mit den Mieten! Mietwucher verbieten!
- Keine Spekulation mit Wohnraum! Immobilienkonzerne in die öffentliche Hand!
- Wie wir wohnen wollen? Öffentlich, genossenschaftlich und gemeinnützig!

Die Geschäftspraktiken von Wohnungskonzerne wie Vonovia SE oder Deutsche Wohnen AG stehen nicht zufällig immer wieder in der Kritik. Daher haben die Linksfraktionen im Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus eine Studie zum Unternehmen bei Professor Heinz-J. Bontrup in Auftrag gegeben. Es handelt sich dabei um die Fortführung der Untersuchungen, die wir im vergangenen Jahr bereits zur Deutschen Wohnen AG vorgestellt haben.

Ergebnis: Vonovia ist kein Wohnungsunternehmen im klassischen Sinne, sondern vielmehr ein Finanzinvestor mit angeschlossener Immobilienwirtschaft. Wohnungen dienen dem Konzern ausschließlich zur Ren-

ditemaximierung und nicht dem Zweck der Wohnraumversorgung. Die Mieterinnen und Mieter bekommen dies an vielen Stellen zu spüren: Saftige Mieterhöhungen, überbeuerte und überflüssige Modernisierungen sowie überhöhte Nebenkostenabrechnungen sind nur einige der zahlreichen Mittel, die Vonovia nutzt, um die Gewinne zu erhöhen. Als größter deutscher Immobilienkonzern mit 350.000 Wohnungen besitzt Vonovia in manchen Regionen eine enorme Marktmacht und ist einer der Haupttreiber des Mietenwahnsinns.

Der Mietenwahnsinn trifft uns alle. Wohnungs- und Mietenpolitik ist somit eine der drängendsten sozialen Auseinandersetzungen derzeit. Wir wollen den gemeinsamen Kampf auf die nächste Ebene heben, um im Rahmen der Mietenkampagne „Bezahlbare Miete statt fatter Rendite“ bundesweit den politischen Druck auf die verantwortlichen Akteure aufzubauen.

Rainer Scholz

Fortsetzung von Seite 1: 21 Monate für die Freiheit der Kunst

erwarten ist, die Berlin mit einer Bundesratsinitiative einfordert, versuche ich mit aller Kraft, möglichst viele Flächen langfristig in öffentlicher Hand für Kulturnutzungen zu sichern.

Gelungen ist das schon bei der Alten Münze, die als Kulturstandort entwickelt werden soll, oder bei der Rekommunalisierung des Radialsystem V. 2.000 öffentlich geförderte Arbeitsräume für Künstler*innen bis zum Ende der Legislaturperiode zu erhalten und neu zu schaffen, bleibt ein ambitioniertes Ziel. Gleichzeitig gehen wir den enormen Sanierungstau bei der Kulturinfrastruktur

an: Hier stehen unter anderem Sanierungen bei der Komischen Oper, dem Theater an der Parkaue und dem Berliner Ensemble an.

Dass sich alle Menschen gleichermaßen in unseren Kultureinrichtungen willkommen fühlen und sie nutzen, ist leider noch nicht der Fall. Aber neue Regeln für den „berlinpass“ erlauben es mehr Berliner*innen, das günstige 3-Euro-Ticket in Anspruch zu nehmen. Und für die Landesmuseen arbeiten wir daran, wieder Zeitspannen mit komplett freiem Eintritt einzuführen.

Weil die Weichen für die Teilhabe an Kunst und Kultur schon in frühen Lebensjahren

gestellt werden, haben wir die Förderung der Kinder- und Jugendtheater stark erhöht und den Projektfonds Kulturelle Bildung für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen um 50 Prozent aufgestockt. Auch die Verdoppelung des Bezirkskulturfonds kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Auch wenn viele der Aufgaben so groß sind, dass sie über diese Legislaturperiode hinausreichen, freut es mich, dass ich in den ersten 21 Monaten meiner Amtszeit bereits eine ganze Reihe wichtiger Vorhaben anstoßen und umsetzen konnte!

Klaus Lederer

Menschen in Mitte

Neuer Start im Leben von Tomasz Pezala

Ende November wird Tomasz Pezala von sich sagen können, dass er ein rundum versierter Schweißer ist mit Abschlussprüfungen im E-Hand-, Metallaktivgas- und Wolframinertgasschweißen. In Berlin wie in ganz Deutschland und in der EU ist gegenwärtig die Suche nach ausgebildeten Schweißern für Maschinen-, Bau-, Anlagen-, Werkzeug- und Fahrzeughersteller sehr groß. „Das sehe ich als eine gute Chance für meinen weiteren Lebensweg“, erklärt der 43-jährige.

Als Sohn eines Schatzmeisters der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc war er 1983 nach deren Verbot mit seiner Familie aus Koszalin (Köslin) nach Berlin gekommen. Tomasz lernte schnell Deutsch, seine Familie erhielt bald die deutsche Staatsbürgerschaft, und an der Max-Beckmann-Oberschule traf er auf eine links denkende Klassenlehrerin. „Damals hörte ich schon von der PDS, orientierte mich an ihren Zielen“, erinnert er sich.

Nach Schulabschluss aber machte er schlechte Erfahrungen mit falschen Freunden, fand lange keinen Ausbildungsplatz, war arbeitslos und verdiente sich als Hilfskraft in Restaurants, als Veranstaltungstechniker und Möbelfahrer seinen Lebensunterhalt.

Der Zufall wollte es, dass Tomasz Pezala 2009 im Lokal „La Muse Gueule“ in der Sredzkistraße Gregor Gysi traf. „Nach einem über zweistündigen lebhaften Gespräch über das Leben und die Welt bat ich ihn um Aufnahme in die Partei DIE LINKE. Am nächsten Tag meldete ich mich gleich in der Geschäftsstelle von Mitte“, sagt er noch heute begeistert. Sofort wollte er sich einbringen. Er wirkt bei verschiedensten Obdachlosenprojekten mit, so bei „Unter Druck e.V Kultur von der Straße“ in Mitte als Kraftfahrer und in der Essenausgabe. Im Rahmen des Projekts „Organizing“ ist er Sprecher und Koordinator zu Parteipräsenz und Mitgliederaktivitäten, geht mit weiteren Genossen in Kieze und informiert über Programm und Anliegen der Linken.

Jetzt unterstützt er ebenso tatkräftig die Kontakt- und Beratungsstelle für wohnungslose junge Menschen „KLIK e.V.“ in der Torstraße. „Wir schaffen dort erneut die Bedingungen, dass ab November über



Tomasz Pezala

den Winter wieder die Kältehilfe jungen Obdachlosen eine Notunterkunft ermöglicht“. Er kann die Betroffenen sehr gut verstehen, musste er doch selbst auch zeitweilig ohne eigene Wohnung auskommen.

In diesen Herbsttagen konzentriert sich Tomasz auf die bevorstehenden Prüfungen – die entscheidenden in seiner Ausbildung an der GSI - Schweißtechnik International GmbH in der Luxemburger Straße. Angebote für einen Arbeitsplatz als Schweißer vom Fach hat er schon mehrere. „Jetzt kann ich mein Leben im Voraus planen“, freut er sich darauf, „eine Wohnung einzurichten und meinen Wunsch zu erfüllen, bald mal nach Teneriffa zu fliegen. Aber hier in Berlin werde ich mich weiter in unserer Partei für noch mehr demokratische Mitbestimmung, für Obdachlose und für soziale Gerechtigkeit engagieren.“ Wir drücken Tomasz ganz fest die Daumen.

Matthias Herold

Bei anderen gelesen

➤ **Erster Band des „Kapital“ neu editiert**

Es gibt keinen Königsweg für die Wissenschaft, und nur jene haben das Glück, auf ihre leuchtenden Gipfel zu gelangen, die nicht fürchten, beim Erklimmen ihrer steilen Pfade zu ermüden.

Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band von Thomas Kuczynski bearbeitet und herausgegeben

„Neues Deutschland“, 14.09.2018

➤ **Rechnungshof kritisiert Wehretat**

Der Rechnungshof hat Zweifel daran, dass die von Ursula von der Leyen durchgesetzte Steigerung des Verteidigungsetats die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr verbessert. Geld, das gar nicht ausgegeben werden kann, in den Wehretat einzustellen, wirkt wie Zahlentrickserei, um dem Zwei-Prozent-Ziel näherzukommen.

„Der Spiegel“, Nr. 36 01.09.2018

➤ **Die trügerische Ruhe**

In Paris, in London, in Berlin und Madrid – Überall in Europa machen sich Verdross, Verdacht und Misstrauen breit: eine labile und schwüle Stimmung konstatiert der Dichter Hans Magnus Enzensberger. Die erinnert ihn an den bereits eigentlich so fern geglaubten ersten Weltkrieg.

„Cicero“, 21.09.2018

➤ **Im Reich der Gier**

Der Mythos Kapitalismus ist entzaubert und bringt uns das größte Faschismusproblem seit den Dreißigern. – Yanis Varoufakis in

„Der Freitag“, 21.09.2018

➤ **Nazis und Rechte klar benennen**

Die Frage ist nämlich, was in Chemnitz passiert ist und wieso Maaßen behauptete, es würden mit einem mutmaßlich gefälschten Video gezielt Falschinformationen gestreut. Maaßen hat sich hier der Methode bedient, die jüngst vor allem AfD-Politiker*innen perfektioniert haben: Erst provokante Aussagen rausrauen und diese dann aufgrund von Gegenwind mit kleinteiliger, vermeintlicher Differenzierung, die in Wahrheit eine Lüge ist, teilweise wieder einzuholen versuchen.

„taz“, 16.09.2018

**Die Linke – Fraktion in der BVV
Mitte von Berlin**

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Kurznachrichten

► Die meisten von uns sind Eingewanderte!

Von den über 3,7 Millionen Berlinerinnen und Berlinern sind nur 1 736 514 in der Hauptstadt geboren. Das sind gerade knapp 47 Prozent! Die anderen 53 Prozent kommen ursprünglich aus anderen deutschen Städten oder aus dem Ausland. Das sind zusammen 1 975 416 Menschen, also die eindeutige Mehrheit. Über 200 000 stammen aus Brandenburg. NRW schickte rund 134 000, Sachsen ist mit 113 200 Personen vertreten und Niedersachsen entsandte 83 000 Landeskinder.

► Das größte bewohnte Filmstudio der Welt

So nannte der Schauspieler Woody Allen die Stadt Paris. Die französische Metropole wird für Filmproduzenten immer attraktiver. Die vielen international bekannten Sehenswürdigkeiten der Stadt bieten offenbar reizvolle Schauplätze fürs Kino. Pro Jahr werden hier über 100 in- und ausländische Spielfilme ganz oder teilweise gedreht. Dazu kommen rund 500 Fernsehfilme und Dokumentationen.

► Tbc bleibt weiterhin die tödlichste bakterielle Infektionskrankheit

Das stellt der aktuelle Jahresreport der Weltgesundheitsorganisation WHO für das Jahr 2017 fest. Die Tuberkulose forderte im vergangenen Jahr weltweit 1,6 Millionen Opfer. An den Folgen einer AIDS-Infektion, der zweithäufigsten tödlichen Infektionskrankheit, starben 940 000 Personen.

► Der Deutschen liebster Urlaub? Camping!

Insgesamt wurden 31,1 Millionen Übernachtungen gezählt. Damit habe sich der positive Trend seit 2014 fortgesetzt, stellte das Statistische Bundesamt fest, das diese Zahlen veröffentlichte. Deutsche Camper stellten natürlich mit 26,8 Millionen Übernachtungen den Hauptanteil. Ausländische Gäste verschliefen 4,3 Millionen Nächte auf deutschen Campingplätzen, etwa ein Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Sprechstunde zu Datenschutz und Computersicherheit

Jeden 3. Donnerstag im Linkstreif,
zwischen 19 und 21 Uhr,
in der Malplaquetstraße 12,
13347 Berlin

In alter Tradition

Wenn man in unserer Presse die kargen Meldungen über den Verlauf und den Inhalt der Diskussion des Bundesstages zum Haushaltsentwurf für 2019 verfolgt, kann man leicht den Eindruck gewinnen, dass Deutschland unmittelbar vor neuen militärischen Handlungen stünde.

Wie wäre es sonst möglich, dass der Entwurf versucht, rund 43 Mrd. Euro, den zweitgrößten Posten des künftigen Haushalts, für militärische Zwecke auszugeben?

Weit mehr also, als für Bildung, Forschung, Gesundheit zusammen, die doch in den Reden unserer Politiker täglich eine Hauptrolle spielen.

Steht hier die Sicherheit der Bürger*innen im Mittelpunkt? Oder geht es um die Stärkung der Macht und des Profits der herrschenden Klasse? Immerhin kann man durch die Stärkung und die Anwendung der Streitkräfte gewaltige Gewinne machen.

Das ist alte deutsche Tradition und diese wird auch durch die jetzige Bundesregierung weitergeführt.

Schon dem alten Kaiser Wilhelm schrieb man die Worte zu: „Will ein Monarch eine erfolgreiche Regierung führen, so muss er in der einen Hosentasche viel Geld und in der anderen eine starke Armee haben.“ Heute allerdings würde man ergänzen: „Und in der dritten Tasche wirksame Massenmedien, die das Volk ablenken und zu weiteren Zahlungen bereit machen.“

Im Jahr 2004 erklärte der damalige Minister für Verteidigung Struck (SPD), die Bundeswehr „zu einem wichtigen Botschafter Deutschlands zu machen, eines Deutschlands, das seine Verantwortung in der Völkergemeinschaft annimmt und wesentliche Aufgaben bei der internationalen Friedenssicherung wahrnimmt.“ In diesem Zusammenhang erklärte er die Bundeswehr zur größten Friedensbewegung in Deutschland.

Deutlicher wurde da schon Angela Merkel, die im gleichen Jahr das Ziel deutscher Außenpolitik mit einem Zitat der ehemaligen US-amerikanischen Außenministerin Madeline Albright erklärte: „Die zentrale außenpolitische Zielsetzung lautet, Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, dass damit den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.“

Noch klarer drückten sich die Militärs selber aus. So erklärte bereits vor zwanzig Jahren der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr Kujat: „Will Deutschland in Europa und darüber hinaus die Rolle spielen, die seiner Lage, seinen Interessen und seinem Gewicht als bevölkerungsreichstem Land in der Mitte Europas entspricht, dann müssen auch seine Streitkräfte nach Größe, Ausrüstung und Fähigkeiten entsprechend ausgestaltet sein.“

In dieser Tradition stehen auch Merkel und unsere heutige Regierung, wenn sie auch scheinbar für Frieden und Wohlstand auftreten.

Was können, besser: was müssen der oder die Einzelne gegen diese Entwicklung tun?

Zunächst sollten sie sich an der Politik der Linken orientieren, die als einzige Partei in Deutschland eine klare Friedenspolitik verfolgt und wenn sie dazu die Kraft haben, sollten sie möglichst viele persönliche Kontakte herstellen und nutzen, um diese linken Gedanken und Vorschläge zu verbreiten. Der Kampf um den Frieden beginnt mit dem Kampf um die Köpfe der Massen, um persönlichen Widerstand jedes Einzelnen gegen diese Politik zu entwickeln.

Peter Urchs



Sprechstunde zu Mieten und Wohnen

an jedem 2. + 4. Dienstag im Monat
von 12-14 Uhr.

Wenn Ihr akute Probleme mit Vermietern, Investoren, Maklern im Wedding habt und nicht weiter wisst: **kommt vorbei!**

Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449

(Bus 142 Kiatschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße)

buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Berlin wird nie ein Manhattan sein

In New York City leben 11 Millionen Menschen, in Berlin rund 3,5. Manhattan ist von Wasser umgrenzt, Berlin dehnt sich. Manhattan baut (time is money) seine Wolkenkratzer auf Granit.

Berlin hat Zeit und stockt demnächst flache Supermärkte auf. Seit der Erfindung des Fahrstuhls wuchs Manhattan in den Himmel, hat sich Berlins klassische Traufhöhe auf 22 Meter eingependelt. Manhattan reagiert radikal auf Kriminalität, Dreck, Müll, Lärm und drohenden Verkehrskollaps. Für Millionen Fußgänger, Fahrrad-, Bus-, Bahn- und Autofahrer ist sozialer Druck eine Bürgerpflicht. Es wird viel gefegt, wenig geraucht, Ampeln und Einbahnstraßen ordnen den Verkehr. Zeit spart, wer von der Upper Eastside mit der öffentlichen Fähre zur Wallstreet fährt. Die Armut ist hinter die Ränder verdrängt. Berlin will es besser machen. Dort sagen die vielen freundlichen Polizisten einem sogar, wann Museen öffnen. Hier sind sie selten präsent. In Manhattan fühle ich mich sicherer als in Berlin. Immer mehr solcher Nachbarschaftsgärten laden auf gewesene Stadtbrachen auch nach Harlem ein. Wir haben die Prinzessinnengärten.

Das dortige Bio-Gemüse geht an Schulen. Nirgends sehe ich Berliner Vandalismus. Überall agieren Volunteers, Ehrenamtliche und machen ihre Stadt liebenswerter. Soweit ist Berlin noch nicht. Manhattan wurde brutal

gentrifiziert. Heißt, die arbeitende Bevölkerung wohnt weit draußen, angewiesen auf die stotternde Subway, nicht auf Privatautos. Parken ist teuer, Straßen verstopft. Dort sehen sich Fremde nicht in die Augen, doch sie tauschen Komplimente und lachen gern, gelegentlich auch über Trump. Heimfahrende sehen ausgelagter aus als in Berlin.

Mitten in Manhattan gibt es die High Line, eine blühende Oase, hoch oben, auf stillgelegter Bahntrasse entlang exzentrischer Neubauten zwischen Meatmarket und den nördlicher entstehenden Hudson Yards. Eine schon sichtbare Besuchertreppe lässt staunen. Ungebremst giert dort das Kapital. Wer baut, muss öffentliche Freiflächen schaffen. Daher das viele Grün, Parks zwischen und in Häusern, Bänke, Stühle, Spiel- und Sportanlagen ... Unvergessen der Terror 9/11! Wo Türme standen, mahnen würdig das im Untergrund versenkte Museum und zwei große Wasserbecken, an deren Rand die Namen der Toten stehen. Nur ein kleiner Baum hatte überlebt. Neu die expressiven Hochhäuser fürs Arbeiten, auch Wohnen, und Hotels. Der Bahnhof, von außen weißes Gürteltier, ist von innen ein Knotenpunkt mit Kunst, Ni-



Straßenidylle – Berlin oder Manhattan?

schen, Restaurants, Shops. Der Rest der Insel scheint mir weitgehend unverändert. Was aber genauso trägt wie das Glitzerbild eines Berlins, das so viele New Yorker begeistert.

Irene Runge



Unzählige Menschen fühlen sich abgehängt, unverstanden und vor allem: ungehört. Viele möchten nichts mehr mit „denen da unten“ zu tun haben und bilden Parallelwelten. Ich versuche und tue das, was viele inzwischen verlernt haben: zuhören und ins Gespräch kommen. Ich sehe die Schiefelage in Politik und Gesellschaft. Aber es gibt inzwischen auch konkrete Ideen zur Lösung. Berlin muss eine Stadt werden, in der es sich zu leben lohnt – für jeden und für jede.

Aus dem Abgeordnetenhaus

Eine denkwürdige Debatte nach Chemnitz, die Augen öffnete

Manchmal sind es nicht nur politische Entscheidungen, die Politik transparent machen, sondern tatsächlich auch parlamentarische Debatten. Und gerade jetzt in einer aufgeheizten, fast hysterischen Situation, die wir seit längerer Zeit und noch einmal verschärft seit den Vorgängen in Chemnitz beobachten, sind Fragen der Verantwortung für die Demokratie, der Haltung besonders wichtig geworden.

Das Abgeordnetenhaus hatte in der Plenarsitzung am 13. September anlässlich einer Aktuellen Stunde zum „Demokratie verteidigen“ Gelegenheit, sich dieser Einheit der Demokratinnen und Demokraten zu versichern. Und – leider – wurde in dieser Debatte deutlich, dass die knapp 85 Prozent der Abgeordneten, die nicht den Rechtsradikalen angehören, keineswegs einen Grundkonsens teilen. Besonders sichtbar wurde der Bruch bei der Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Burkard Dregger: er stieg mit der Unwahrheit ein, dass in Chemnitz ja Linke wie Rechte zu Gewalt aufgerufen hätten und dass der Extremismus nicht den anderen Extremismus bekämpfen könne. Man solle verhindern, dass Rechts- und Linksradikale die Debatte bestimmen. Und dann kritisierte er eine „Verrohung der Sprache“, die er nicht etwa bei den Nazis, sondern bei der Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli und dem Re-

gierenden Bürgermeister sieht. Beide hätten zum Kampf gegen rechts aufgerufen, Chebli mit den Worten „Wir müssen radikaler werden.“ Er teilte munter nach links („Sprachpolizisten“) aus und verharmloste die Chemnitzer Aufmärsche: „Da müssen wir differenzieren.“ Für seine Rede bekam Dregger immer wieder Applaus von der AfD, aber auch von der FDP. Mit dieser Berliner CDU kann nicht rechnen, wer eine breite Mehrheit der Demokratinnen und Demokraten gegen den Rechtsruck im politischen Feld organisieren will. Udo Wolf rief Dregger entgegen: „Auch die bürgerliche Mitte wird sich entscheiden müssen, in welchem Team sie spielen will: in dem der Demokraten oder in dem der Antidemokraten.“

Dies gilt auch für die FDP, deren Fraktionschef Czaja bei Twitter verlauten ließ, auch Antifaschisten seien Faschisten. Es blieb der schale Eindruck, dass die Rechtsradikalen mit ihren 12 Prozent Wähleranteil erst deswegen so wirkungsmächtig werden können, weil der liberal-konservative Teil des politischen Spektrums keine Antwort auf diesen Angriff findet. Angegriffen hat in der Debatte auch AfD-Fraktionschef Pazderski: Rassismus, so Pazderski, gebe es im Parlament nur im linken Lager, nämlich gegen Deutsche. Und er drohte, dass die AfD die Vergangenheit aller Abgeordneten recherchiere.



Tobias Schulze

Dem Regierenden Bürgermeister merkte man die Emotionalität danach an. Um Wut und Unverständnis auszudrücken, müsse niemand Rechtsextremisten wählen, so Michael Müller, da gebe es andere Möglichkeiten. Zu viel stünde auf dem Spiel: „Wer diesen Konsens der Demokraten verlässt, wer hier nicht eindeutig ist, sondern zweideutig redet und handelt, wo klare Abgrenzung vonnöten ist, der wird immer und überall – und ich glaube, nicht nur aus der Mitte dieses Parlaments – auf erbitterten Widerstand stoßen.“

Tobias Schulze

Sommerfest der Berliner LINKEN aus Mitte

Neben mir saß ein außerordentlich zierliches Mädchen. Wir kamen ins Gespräch. Sie käme aus Syrien, 18 Jahre sei sie, seit drei Jahren hier und bisher seien ihr fast nur freundliche Menschen begegnet. Später stand sie mit anderen Kindern und Jugendlichen aus ihrem Land, aus Syrien und Afghanistan auf der Bühne. „Das Wandern ist des Müllers Lust“ sangen sie in akzentfreiem Deutsch und: „Die Antwort weiß ganz allein der Wind“. Ich vermute, nicht nur ich hatte Tränen

in den Augen.

Eine Momentaufnahme von einem dreistündigen Sommerfest der Berliner LINKEN aus Mitte. Ein Fest der Freundlichkeit und der Solidarität. Deutsche, Russen, Menschen aus dem Nahen und mittleren Osten, aus Vietnam und sonst noch woher. Fast alle mit ihren Kindern. So könnte die Welt aussehen, dachte ich. Sieht sie nicht; aber dort auf dem Sommerfest stimmte alles.

Ein großer Dank an die Organisatoren.

Ellen Brombacher



BÜRGER*INNENDIALOG

Anett Vietzke und Katharina Mayer
Mitglieder der Linksfraktion in der
BVV Berlin Mitte laden ein

JEDEN 2. FREITAG IM MONAT

16:00 – 18:00 Uhr

im LINKSTREFF

Malplaquetstr. 12
13347 Berlin - Wedding



BÜRGERBÜRO BLUM – SEIDEL – WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
kontakt@carola-blum.de / www.carola-blum.de
Sozial- und Mietenberatung
Do 17-18 Uhr: 11.10. / 25.10. / 8.11. / 22.11.

Das ist das Letzte

Welch ein Geniestreich: Die eingefallene Mauer soll auferstehen! Als Attraktion für Touristen inmitten der City-Ost. Noch genialer war nun, das zweifelhafte Projekt zu vertagen. Vorerst bis nächstes Jahr. Doch am genialsten wäre gewesen, die neue Mauer doch umgehend als Schutzwall rund um das Innenministerium des alpinen Kampfstiers „Horst vom Seehof“ zu errichten. Denn von daher geht seit einem Jahr eine gefährliche Querschnitts-Lähmung in Deutschland aus! Man spricht von „Braunfäule“ und „Pflichtvergessenheit“.

Tatsächlich fragen ja weitgereiste Fremde aus Amerika, Asien und Bayern jeden Tag: „Wo ist denn die böse Mauer? Wir möchten doch ein Selfie zum Gruseln nach Hause schicken!“ Nun können wir sagen: Geduld! Da fehlen noch ein paar Mauerteile und Werkzeuge für „Mauerspechte“, damit jeder ein Souvenir mitnehmen kann. Vielleicht spendet Trump aus seiner Mauer an der Mexikanischen Grenze ein paar Bauteile? Oder Israel liefert Ersatzteile von der Mauer im Gaza-Streifen. Oder Ungarn hat was von der Abwehrmauer gegen Afrikaner übrig. Nie gab es mehr Mauern als heute!

Also mit etwas gutem Willen kann das schon werden. Auch wenn ehemalige Freiheitskämpfer wie Freya Klier und Konrad Weiß das als Verhöhnung der Opfer verurteilen. Die geplante „Einheits-Wippe“ ist doch auch ein Verschaukeln der Einheitskämpfer. Die geplante neue Mauer hätte übrigens helfen können, die berühmte Schinkel-Kirche vor der Untermierung durch die blindwütigen Investoren der Neuzeit zu bewahren. Aber vielleicht bleibt etwas Zement für die tiefen Risse in der Kirche übrig?

Und wenn dann nächstes Jahr im Oktober als Catering-Service ein Zelt des Oktoberfestes neben der Mauer steht, dann gäb's auch Bier: Der Masskrug für 12 Euro. Das waren 24 D-Mark oder 120 Ostmark! Da weiß man solche Schutz-Mauern zu schätzen.

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 25.09.2018

Ausgabetag für Nr. 11/2018 - 01.11.2018

LINKE KINONACHT 2018

diesmal in der KULTURFABRIK MOABIT

Am Freitag, 5. Oktober 2018, steigt in der KULTURFABRIK MOABIT in der **Lehrter Straße 35, ab 18 Uhr** die diesjährige Linke Kinonacht.

In allen Räumen wird bei freiem Eintritt gefeiert!

Die KULTURFABRIK ist Moabits einziges soziokulturelles Kulturhaus, denn hier gibt es nicht nur ein Theater, ein Kino, Konzerte und ein Café - sondern der gemeinnützige Verein organisiert auch das tägliche Engagement von etwa 100 ehrenamtlichen und 3 hauptamtlichen Mitarbeiter*innen für sozialraumorientierte Jugendbetreuung in vielfältigen Kursen und Freizeitaktivitäten.

Das Gebäude der Kulturfabrik wurde 1911 für den Wertheim-Konzern erbaut und war dann unter anderem Heeresfleischerei, Keksfabrik und Konservendosenfabrik. Zwischen 1976 und 1991 wurde es still um die ehemalige Fabrik. Fenster und Türen waren im Erdgeschoss zugemauert, das Haus dämmerte vor sich hin. 1991 schließlich wurde das Gebäude nach Verhandlungen mit dem Berliner Senat wieder eröffnet.

Was dann in der alten Fabrik als Planung für vier Vereine (Kulturfabrik als gemeinsames Dach, Fabriktheater, Filmrausch, Slaughterhouse und Kunsthalle) begann, hat sich inzwischen aus eigener Kraft zu einem ausgewachsenen Kulturzentrum entwickelt. In den Vereinen trafen und organisierten sich Künstler, Anwohner, Studenten und Pädagogen und arbeiten bis heute in fast der gleichen Struktur. Filmrausch e.V. betreibt das Kino, Slaughterhouse e.V. veranstaltet Konzerte und Partys, Fabriktheater Moabit betreibt Theater, 35 Services e.V. ist die Haus- und Kiezwerkstatt. Als Dachverband fungiert die „Kulturfabrik Lehrter



Str. 35 e.V.“ und kümmert sich um alle Belange, die das gesamte Haus betreffen. Sie ist „Freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe“ und zusätzlich Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Als Ort der Begegnung und der Toleranz in einem multikulturellen Umfeld ist die Kulturfabrik Moabit seit 25 Jahren eine Plattform für Freizeitgestaltung, Kulturvermittlung, Integration und politische Bildung. Von daher ist sie natürlich geradezu ideal als Räumlichkeit für die **LINKE KINONACHT!**

Am 5. Oktober erwartet die Besucher*innen in den Räumen der Kulturfabrik ein Programm aus Live-Musik, Party, anspruchsvollen Filmen und Diskussionsrunden, und das bei freiem Eintritt.

Alle Informationen auf:
www.linkekinonacht.de

Rainer Scholz

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des
Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE –
mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats**
von 17.00 bis 19.00 Uhr im
Nachbarschaftszentrum
„Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität,
Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats**
im Kreativhaus, Fischerinsel 3,
10179 Berlin.

**an jedem ersten, dritten und fünften
Mittwoch des Monats**

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV)
sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht
durch die **Rechtsanwältinnen**

Nina Jenny Soest und Christian Wisch

von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)
LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin,
Tel.: 28705751

Wir gratulieren im Oktober zum Geburtstag!

- Zum 92. Karl-Heinz Elsen
- zum 91. Peter Knoll,
Eberhard Mannschatz
- zum 88. Horst Pragmann
- zum 86. Maria Seifert
- zum 84. Ursula Mika
- zum 83. Sonja Striegnitz, Uta Knöfel
- zum 81. Almuth Kilian, Helga Kreller
- zum 80. Heinz Raddatz, Helga Giersch
- zum 75. Heide-Dagmar Birgel,
Roland Herbert
Lorenz Schmid,
Bärbel Seidel